

Unser Konsum ist nicht zukunftstauglich

VON SINA ZEHRFELD

Dass es mit dem Rohstoffverbrauch nicht weitergehen kann, wie bisher, ist klar. Unser Planet hat nicht übrig, was wir ihm entreißen. Und doch sind die Rückgewinnungsquoten aus Elektronikschrott enttäuschend. Für Verpackungen wird munter Verbundmaterial eingesetzt, das sich nicht auseinandernehmen lässt, Essen vom Lieferdienst kommt in Alu- und Styroporschalen, und containerweise Kleider werden produziert, verschifft, verpackt, verschickt, nur um ungetragen entsorgt zu werden. Das sind nur einige Beispiele: Dieser Konsum ist nicht zukunftstauglich.

Die Kreislaufwirtschaftsstrategie der schwarz-grünen Landesregierung ist da eine gute Nachricht. Nicht, weil damit gleich alles besser würde; das kann ein Land nicht schaffen. Sondern, weil jedes Umsteuern Zugpferde braucht – und weil NRW sich auch zu unpopulären Maßnahmen bereit zeigt. Denn ein Unverpackt-Laden in der City oder ein Repair-Café im Landkreis stören zwar niemanden, retten aber leider auch nicht die (Um-)Welt. Kontroversen dürften sich eher am Bau einer neuen Recyclinganlage am Stadtrand entzünden. Oder an Gesetzen, die Rohstoffverbrauch teuer machen. NRW macht deutlich, dass es auch hinter unangenehmen Notwendigkeiten steht. Nicht minder wichtig: Die Wirtschaft hat die Signale schon gehört und nimmt sie ernst.

Das Land muss aber Fallstricke beachten. Seine Kreislaufwirtschaftsstrategie muss sich mit den Konzepten des Bundes und in Europa verzahnen. Es darf nicht darauf hinauslaufen, das Firmen für NRW, Bund oder Europa jeweils unterschiedliche oder gar widersprüchliche Regularien einzuhalten haben. Und die Logistik muss mitbedacht werden. Mehr Sammlung und Recycling bedeuten in nennenswerter Größenordnung mehr Transporte. Wo Brücken bröseln und Straßen wegbrechen, heißt das: vorausschauend noch einmal mehr Investitionen in Infrastruktur planen.

Ist der Ruf erst ruiniert

VON MEY DUDIN

Alice Weidel und Tino Chrupalla haben die Sommerinterviews bei ARD und ZDF vor den Landtagswahlen dazu genutzt, Misstrauen zu säen: Misstrauen gegenüber Wahlen, den Sicherheitsbehörden, der Europäischen Union und der Wissenschaft – gegenüber den etablierten Parteien sowieso. Zwar präsentiert sich die AfD – und mit ihr die beiden Vorsitzenden – gerne als unideologische Partei, die sich am gesunden Menschenverstand orientiert. Tatsächlich aber vertreten Weidel und Chrupalla ein Weltbild, das vor Ideologie nur so strotzt.

Einige Beispiele: Chrupalla untergräbt das Vertrauen in die Briefwahl, indem er von angeblichen Fällen in Pflegeheimen spricht, in denen bei Wahlen „der Stift sozusagen geführt“ worden sei. Belege kann er dafür nicht liefern. Diese verantwortungslose Taktik erinnert an die gefährlichen und unbelegten Wahlbetrugsvorwürfe von Donald Trump. Weidel wiederum spricht von „Flachzangen“ in der Politik und heizt das Misstrauen gegen Europa an. Den Schengenraum, der Reisefreiheit innerhalb Europas ermöglicht, sieht sie in erster Linie als Einfallstor für unkontrollierte Migration. Und der wissenschaftlich vielfach belegte menschengemachte Klimawandel? Chrupalla hält den Anteil der Menschheit an der Erderwärmung für „sehr gering“. Den verheerenden Hitzesommer bezeichnet er als „ganz normalen Sommer“.

Die Sommerinterviews offenbaren aber auch die Probleme des politischen Journalismus. Weil auch die etablierten Medien Vertrauen verloren haben, prallen an der AfD sogar die Entlarvung von Falsch-aussagen, von offensichtlichen Widersprüchen und handfesten Skandalen ab. Letztlich gilt für die Partei das alte Sprichwort: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich völlig ungeniert.



KARIKATUR: BURKHARD MOHR

ANALYSE Vor einem halben Jahr begannen Israel und die USA den Krieg gegen den Iran. Heute ist das Regime außenpolitisch stärker als zuvor. Sobald die Bedrohung nachlässt, wird die Unzufriedenheit zurückkehren, erwarten Experten.

Zu früh gefreut

VON THOMAS SEIBERT, ISTANBUL

Als die USA und Israel am 28. Februar ihren Krieg gegen den Iran begannen, brachten sie das Regime ins Wanken. Die Flugabwehr des Iran versagte, Revolutionsführer Ali Chamenei und andere hochrangige Mitglieder der Führung starben, Regierungsgebäude, Brücken und Fabriken wurden zerstört. Heute, ein halbes Jahr später, herrscht Siegesgewissheit in Teheran. Politiker sprechen von einer neuen regionalen Ordnung ohne die USA. Das iranische Regime ist außenpolitisch stärker als zuvor – aber es könnte sich zu früh freuen. Kurz vor dem Krieg hatte die Führung der Islamischen Republik im Januar eine Protestwelle niedergeschlagen und Tausende Demonstranten erschießen lassen. Die Massaker vergrößerten die Verbitterung und Desillusionierung vieler Iraner. Die Wirtschaft steckte in der Krise, und der 86-jährige Chamenei hatte keinen Plan.

Dann kam der Krieg. US-Präsident Donald Trump und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hofften auf einen Volksaufstand und den Sturz der theokratischen Diktatur. Doch ihr Angriff machte das Regime stärker. Luftangriffe auf zivile Ziele – in einer Grundschule starben 120 Kinder – verbreiteten im Iran den Eindruck, der Krieg richte sich gegen das ganze Land, nicht nur gegen das Regime. Regierung und Bürger erleben wegen der tödlichen Gefahr eine Art „Adrenalinschub“, wie der Iran-Experte Arman Mahmoudian von der Universität Süd-Florida beobachtet. Regierende wie Regierte konzentrierten sich ganz aufs Überleben und darauf, den staatlichen Zerfall und einen Bürgerkrieg zu verhindern, sagte Mahmoudian unserer Redaktion: „Das gilt sogar für entschiedene Gegner der Islamischen Republik.“

Das Regime setzte innerhalb weniger Tage Chameneis 56-jährigen Sohn Modschtaba als neuen Revolutionsführer ein. Das theokratische System ist nicht beliebter als vor dem Krieg, aber viele Iraner finden, dass jetzt nicht die richtige Zeit für eine Abrechnung ist. Der Teheraner Politologe Abbas Khamayyar sagte dem katarischen Sender Al-Dschasira, die iranische Gesellschaft schließe unter dem Druck der Angriffe die Reihen.

Auch militärisch lief es für den Iran besser als erwartet. Kurz nach den ersten

Luftschlägen der Gegner antwortete Teheran mit massiven Raketen- und Drohnenangriffen auf Israel und arabische Staaten. Die iranische Führung weitete den Krieg aus, indem sie Verbündete wie die

Hisbollah im Libanon und die Huthis im Jemen in die Schlacht warf. Zudem sicherte sich Teheran die Kontrolle über die Straße von Hormus – ein wichtiger Hebel, mit dem der Iran die arabischen Nachbarn und die USA durch den Stopp von Ölexporten unter Druck setzen kann. Neue Kommandeure an der Spitze der Streitkräfte haben den Auftrag, die unter dem älteren Chamenei übliche Zurückhaltung bei Militäreinsätzen abzulegen und auf Offensive zu setzen.

Trump handelte im April eine Waffenruhe aus, die trotz einer zeitweiligen Eskalation im Juli eine Rückkehr des Krieges verhindert hat. Der US-Präsident schreckt davor zurück, die Straße von Hormus mit einem neuen Großangriff freikämpfen zu lassen, und versucht es stattdessen mit neuen Sanktionen gegen den Iran. Teheran gibt sich gelassen. Parlamentspräsident Mohammad Baker Kalibaf betonte, die USA suchten nach einem gesichtswahrenden Ausweg aus dem Konflikt. Fremde Kräfte würden in der neuen regionalen Ordnung keine Rolle mehr spielen. Iranische Politiker sehen ihr Land als neue

Führungsmacht.

Mit diesem Anspruch nehmen sie den Mund möglicherweise zu voll. Das Regime befinde sich nach wie vor in einem Konflikt, dessen Ausgang nicht abzusehen sei, sagt der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Yale. Die wirtschaftliche Situation verschlechtere sich dramatisch, und die innenpolitische Lage sei weiter instabil, sagte Azizi unserer Redaktion. Westliche Sanktio-

INFO

US-Finanzminister spricht von Endphase des Kriegs

Sanktionen Die USA treten nach den Worten von Finanzminister Scott Bessent in die „Endphase“ des Iran-Kriegs ein. „Im Morgengrauen beginnt ein wirtschaftlicher „D-Day“ – die größte finanzielle Offensive, die jemals gegen einen Gegner mobilisiert wurde“, schrieb Bessent auf der Plattform X. Auf einer für Montag angekündigten Pressekonferenz wollte er die „härtesten Sanktionen der Geschichte“ gegen den Iran vorstellen.

Endphase US-Präsident Donald Trump habe die militärischen Fähigkeiten des Irans „zerschlagen“, schrieb Bessent. Nahezu 100 Prozent der Militärfabriken der Islamischen Republik habe Trump zerstört und das Atomprogramm des Landes zunichtegemacht. „Wir treten nun in die Endphase ein“, behauptete Bessent. (dpa)



Das Kernkraftwerk Buscher am Persischen Golf. FOTO: DPA

nen und die US-Seeblockade iranischer Häfen lassen die Staatseinnahmen und den Lebensstandard sinken und die Inflation steigen. „Iranische Normalbürger haben es mit einer immer schlechter werdenden Wirtschaftslage und der schlimmsten Repression seit Jahren zu tun“, meint Azizi. „Und sie stehen vor einer ungewissen Zukunft.“

Kalibaf deutete an, dass sich zumindest Teile der iranischen Führung der Schwierigkeiten bewusst sind. „Ganz gleich, wie mächtig wir militärisch sind: Wenn die Leute hungern, und wenn kein Geld im Umlauf ist, wenn es kein Wirtschaftswachstum und keine inländische Produktion gibt, werden wir uns nicht halten können“, sagte er.

Doch ein Plan, wie die Wirtschaft wieder flottgemacht und soziale Probleme gelöst werden können, ist im Iran nicht erkennbar. Das liegt zum Teil am Vakuum an der Staatsspitze. Modschtaba Chamenei steht seit fast einem halben Jahr an der Spitze des Iran, wagt sich aus Furcht vor amerikanisch-israelischen Mordanschlägen bisher aber nicht an die Öffentlichkeit.

Wenn der Krieg endet oder in eine dauerhafte Patt-Situation mündet, werden nach Mahmoudians Einschätzung grundsätzliche Probleme des Systems wieder hervortreten. Neben der Wirtschaftskrise gehören dazu auch Fragen nach Modschtaba Chameneis Legitimität als Staatschef. Er rückte an die Spitze, obwohl die Islamische Republik eine dynastische Staatsordnung ablehnt. Sobald der kollektive Adrenalinschub nachlässt, dürfte auch die Kritik der Iraner an Vorschriften wie der Kopftuchpflicht für Frauen sowie an Internetperren, Korruption, Misswirtschaft und der Unfähigkeit des Staates angesichts wachsender ökologischer Probleme wieder zunehmen. Nichts deutet darauf hin, dass die Islamische Republik nach dem Krieg bessere Antworten darauf hat als vorher. „Das Regime hat die unmittelbare Krise überlebt“, bilanziert Mahmoudian – „aber das heißt nicht, dass es langfristig fest im Sattel sitzt“.

BERLINER REPUBLIK

Premiere mit großen Folgen: Es war sicher eine sehr einprägsame Erfahrung für den Europa-Parlamentarier Dennis Radtke: Der CDU-Politiker, der das Ruhrgebiet im Europarlament vertritt, war vergangene Woche zum ersten Mal Gast in der TV-Talkshow „Markus Lanz“ im ZDF. Und handelte sich danach sofort einen Shitstorm in den sozialen Netzwerken ein. Auslöser waren Radtkes Äußerungen zum Thema Migration. „Ich glaube, selbst wenn wir den letzten illegalen Migranten abschieben, wird sich am Stadtbild an vielen Stellen überhaupt nichts ändern“, sagte der CDU-Politiker, der in Bochum-Wattenscheid geboren ist. Und dann ausgeführt: Städte wie Wattenscheid würden auch ohne il-

Dennis Radtke und die „Selbstaufgabe“

Nach seinem umstrittenen TV-Auftritt verteidigt sich der CDU-Politiker gegen Kritik.



KERSTIN MÜNSTERMANN

legale Migration „nie wieder so aussehen wie in den 70er-, 80er-Jahren“. Dort gebe es inzwischen kein Kino mehr und sei nur noch ein „Halal-Metzger“ übrig geblieben (ein Metzger, der insbesondere Fleisch für religiöse Muslime anbietet). Moderator Lanz reagierte überrascht, warf Radtke vor, eine solche Haltung sei die „Selbstaufgabe“ der Politik. Ihm war die Aussage zu schicksalsergeben für einen Politiker. Vor allem Publizisten des rechten Rands warfen dem CDU-Mann dann in den sozialen Netzwerken vor, er wolle vor der illegalen Migration kapitulieren und nichts daran ändern. Radtke fühlte sich missverstanden – und kontert ganz geschickt in den sozialen Netzwerken mit einem Video: Er geht mit einem „Glück auf aus Wat-

tenscheid“ durch die Innenstadt von Wattenscheid – seit 1975 ein Stadtteil von Bochum. Mit sehr viel Leerstand. Nicht jedes Problem, jede Herausforderung im Stadtbild habe mit illegaler Migration unmittelbar zu tun. Die Gründe unter anderem für Leerstand seien vielfältig, sagt er und zeigt auf ein leer stehendes Ladenlokal hinter ihm. Nämlich, dass die meisten Menschen mittlerweile im Internet einkaufen. „Wer wirklich Probleme lösen will, der muss auch Differenzierungen in den Debatten zulassen.“ Recht hat er.

Unsere Autorin ist Leiterin des Berliner Parlamentsbüros. Sie wechselt sich hier mit unseren Hauptstadt-Korrespondenten Jan Drebes und Hagen Strauß sowie der freien Publizistin Margaret Heckel ab.